

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Beifügung des Betrages für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Mittelgebirge sowie für die früheren Provinzen u. Lauenburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annonzenzeile oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Leerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Leerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230 - 15233

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Frankreich bleibt unnachgiebig

### Die Antwort an England

CC. Paris, 21. Juli.

Die französische Regierung hat auf die gestern nachmittag hier eingetroffene Note Englands über Oberschlesien noch am gleichen Tage Antwort erteilt. In seiner Note drang England darauf, daß der Oberste Rat sich am 28. Juli in Boulogne versammle und daß das oberschlesische Problem in zwei Tagen gelöst werde. Lloyd George wollte wegen der Konferenzen mit den irischen Vertretern nicht selbst an dieser Tagung des Obersten Rates teilnehmen, sondern sich durch Lord Curzon und Arthur Balfour vertreten lassen. Dem gegenüber erklärte die französische Regierung in ihrer jetzigen Note, daß Frankreich darauf bestehen müsse, daß Truppenverstärkungen nach Oberschlesien entsandt werden müßten, bevor der Oberste Rat der Alliierten zusammentrete, und während der Zeit der Truppentransporte müsse eine Sachverständigenkonferenz abgehalten werden, die, wie bereits bekannt, aus einem Diplomaten, einem Juristen und einem Ingenieur bestehen solle, um die Entscheidung der Alliierten vorzubereiten. Zwar erklärt die französische Regierung, daß sie, wenn sie sich einer Tagung des Obersten Rates Ende Juli widersetze, eine solche damit nicht für immer ablehnen wolle. Nur für den Augenblick fordere sie von England, daß dieser der Entsendung von Truppen und dem Zusammentritt einer Sachverständigenkommission vor der Tagung des Obersten Rates zustimme, und vor allem auch, daß Lloyd George sich nicht auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates vertreten lasse, sondern selbst an den Beratungen teilnehme.

### Eine englische Antwort an Frankreich

U. Paris, 21. Juli.

Der englische Geschäftsträger hat sich gestern nachmittag ins Ministerium des Aeußeren begeben und hat Briand die Antwort der englischen Regierung übergeben. In ihrer Antwort betont die englische Regierung erneut die Notwendigkeit, eine Tagung des Obersten Rates nach Boulogne in der Zeit vom 27. bis 30. Juli einzuberufen. Die englische Regierung hält die Lage in Oberschlesien für gefährlich und erklärt, daß zu jeder Zeit ernste Unruhen sowohl von polnischer wie von deutscher Seite dort ausbrechen können, und daß diese Unruhen um so gefährlicher sein werden, je länger die jetzige Lage andauere. Die Note weist ferner darauf hin, daß Lloyd George und Balfour, die England auf dieser Konferenz vertreten sollen, im August abwesend sein werden. Die Tagung des Obersten Rates muß daher vor Ende des Monats stattfinden. Da die Zeit zu kurz bemessen ist, wird es nicht mehr möglich sein, vorher Beratungen von Sachverständigen stattfinden zu lassen, weil die französische Regierung dies wünscht. Der Oberste Rat müsse sich zunächst mit der Frage von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien befassen und sodann das oberschlesische Problem selbst präzisieren. Die Note erklärt schließlich, falls Lloyd George durch die irische Frage zurückgehalten sei, so würde Lord Curzon zusammen mit Balfour die englische Regierung vertreten.

### Französisch-englische Mißverständnisse

CC. Paris, 21. Juli.

Bezüglich der Tendenz der englischen Note teilt der Petit Parisien mit, daß man aus diesen offiziellen Worten un schwer ein gewisses „Mißgeschick“ herauslesen könne. In London schienen gewisse Kreise das Gefühl zu haben, Frankreich suche Vorwände, sich einer Zusammenkunft des Obersten Rates zu entziehen. Man dürfe jedoch hoffen, daß dieses Mißverständnis durch die letzte französische Note beseitigt werde. Das Blatt erklärt ferner, daß man in den Besprechungen Frankreichs mit Belgien, Sami Bey und in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen etwas Geheimnisvolles zu sehen scheine — ein solcher Verdacht sei jedoch unbegründet. England würde über diese Verhandlungen mit Türken und Deutschen auf dem laufenden gehalten werden.

Der New York Herald erblickt in der englischen Note ein energisches Abrücken Englands vom französischen Standpunkte. Man habe es vorgezogen, sagt das Blatt, die englische Note nicht zu veröffentlichen, weil sie schlechten Eindruck erwecken könnte. Zweifellos habe jedoch die Haltung Lloyd Georges in Paris englischen Vergernis erregt. Man ist der Ansicht, daß Lloyd George keineswegs den französischen Standpunkt annehmen werde, selbst, wenn die militärischen Sachverständigen dafür eintreten würden, daß Frankreich vorgehe und genügend Truppen nach Oberschlesien entsende, die im Verein mit der übrigen oberschlesischen Besatzung zwischen Polen und Deutschen eine Scheidewand errichten sollen.

London, 21. Juli.

Nach der „Morningpost“ wird in der Mitteilung der alliierten Kommissare an die Vorkonferenz ausgeführt, daß, wenn die oberschlesische Frage nicht sofort vom Obersten Rat in Angriff genommen werde, die alliierten Streitkräfte in Oberschlesien von 20 000 auf 60 000 erhöht werden müßten. „Free Association“ zufolge betonte Lord Curzon in einer Besprechung mit dem französischen Botschafter am Dienstag, daß,

wenn die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates entsprechend Briands Vorschlag, erst im Herbst erfolgen sollte, es äußerst schwierig sein werde, die notwendigen Vorbereitungen für die Washingtoner Konferenz zu treffen.

### Der Friede mit Amerika

CC. Paris, 21. Juli.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington: In den letzten Tagen fanden Besprechungen zwischen der amerikanischen Regierung und den alliierten und assoziierten Mächten bezüglich der etwaigen Einwände statt, welche gegen einen Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geltend gemacht werden könnten, die sich auf die Rechte und Privilegien beziehen, die Amerika durch die wirtschaftlichen und Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages zugestanden wurden. Heute stellt man sich in Amerika bereits auf den Standpunkt, daß der Versailler Vertrag mit Vorbehalten durchgeführt werden solle. In der Voraussetzung, daß die Alliierten keine Einwände erheben und keine Verwicklungen eintreten, würde sich, wie man erklärt, auch für die „Unversöhnlichen“ im Senat ein Weg ergeben, den Versailler Vertrag weiter ausdehnen zu können, während diejenigen Elemente gleichfalls befriedigt sein könnten, welche für den Friedensvertrag eintreten, da von diesem etwa 80 Prozent in den neuen Friedensvertrag der Vereinigten Staaten mit Deutschland hinübergenommen würden.

Sollte Deutschland die Forderung stellen, daß die Erörterungen über die Wirtschaftsbestimmungen des Friedensvertrages wiederaufgenommen würden, so würde man, wie mitgeteilt wird, erklären, daß dieser Gegenstand abgeschlossen sei und eine weitere Erörterung desselben nicht mehr gestattet werden könne. Da es wegen verschiedener Fragen, die gegenwärtig in Europa in der Schwebe sind, notwendig sei, diese Angelegenheit rashestens zu erledigen, nimmt man in Amerika allgemein an, daß ein Sonderfrieden mit Deutschland bereits mehr oder weniger beschlossene Sache sei. Die endgültige Entscheidung darüber liegt allerdings in der Zustimmung der Alliierten, daß die Rechte und Privilegien, die Amerika durch den Versailler Vertrag erwarb, auch bei Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschlands Gültigkeit haben.

In Frankreich erklärt man, daß die moralische Einwirkung einer Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die Vereinigten Staaten mit Vorbehalten Deutschland davon überzeugen würde, daß die Alliierten, die im Kriege einig gewesen seien, diese Einigkeit auch jetzt noch fortsetzen. Man nimmt in Washington an, daß die Alliierten der Absicht der Vereinigten Staaten, einen Sonderfrieden mit Deutschland in der vorgeschlagenen Form zu schließen, zustimmen würden.

### Die irischen Verhandlungen

CC. London, 21. Juli.

Gestern hielt Lloyd George einen Kabinettsrat ab, wobei er seinen Ministerkollegen die gegenwärtige Lage in den englisch-irischen Besprechungen darlegte. U. a. teilte er ihnen die Besprechungen, die er mit James Craig und De Valera hatte, mit und legte ihnen sodann seinen persönlichen Standpunkt dar. Er unterbreitete ihnen auch die Vorschläge, die er De Valera im Laufe der heutigen Zusammenkunft, die um 1 1/2 Uhr in der Downingstreet stattfinden soll, machen wird. Diese Vorschläge führten zu einer lebhaften Debatte im Kabinett, über deren Inhalt bisher noch nichts bekannt wurde.

Die heutige Zusammenkunft zwischen De Valera und dem Ministerpräsidenten wird von entscheidender Bedeutung sein. Man glaubt, daß De Valera sofort nach Dublin reisen und die Vorschläge des Ministerpräsidenten der Dail Circuit unterbreiten werde. Nimmt diese die englischen Vorschläge an, so wird sofort die Wahl der zur Londoner Konferenz zu entsendenden Delegierten erfolgen. Man glaubt, daß vor der eigentlichen Konferenz eine persönliche Aussprache zwischen De Valera und James Craig in Dublin oder in Belfast stattfinden würde.

### Moskau reicht Griechenland die Hand

Utd. Tel. Moskau, 20. Juli.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitcherin, hat an die griechische Regierung eine Note gerichtet, in der er mitteilt, daß die russische Regierung der Entsendung einer russischen Mission nach Athen und einer griechischen Mission nach Moskau gern zustimmen wird, um die Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten anzubahnen.

### Die Leipziger Urteile

U. London, 21. Juli.

Ungefähr 70 Unterhausmitglieder haben eine Resolution unterzeichnet, die in Kürze dem Unterhaus eingereicht werden soll. In dieser Resolution wird die tiefe Unzufriedenheit über die Leipziger Prozesse ausgesprochen und die Regierung ersucht, Schritte zur Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unternehmen.

## Die Invalidenversicherung und der Reichstag

Von August Karsten-Feine

II.

Um eine schnelle Verbesserung der Lage der Invaliden- und Altersrentner zu bewirken, als das neue Gesetz, das wir in unserem ersten Artikel besprochen haben, sie herbeiführt, hatte die U. S. P. in der Kommission Anträge eingebracht, die unhaltbare Zustände in der Invalidenversicherung beseitigen sollten. Zunächst den Antrag, die Grenze für die Versicherungsberechtigung (§ 1243 der RVO.) von 3000 Mark aufzuheben. Die Invalidität schon bei einer 50 Prozent überschreitenden Erwerbsunfähigkeit anzuerkennen, war ein weiterer Antrag. Dieser Antrag war bereits 1910 bei der Beratung der RVO. von der Sozialdemokratie gestellt. Nicht nur, daß damit eine Gleichstellung mit der Angestelltenversicherung erfolgt wäre und der Begriff „Schwerbeschädigter“, der in der Militärversicherung und Unfallversicherung eingeführt ist, auch in der Invalidenversicherung übernommen worden wäre, sondern auch schon aus den heute mehr denn je gegebenen Verhältnissen wäre diese Änderung notwendig gewesen.

Die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit trifft die Erwerbsbeeinträchtigten schärfer als die Gesunden. Diejenigen, die nicht einmal mehr die Hälfte ihrer Arbeitsfähigkeit besitzen, sind in der heuligen Zeit bitter daran. Der Antrag wurde in der Kommission und im Plenum ohne Debatte abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der verlangte, daß den Witwen Rente gegeben werden sollte, ohne daß sie erst invalide zu sein brauchen, wurde ebenfalls kurz abgelehnt. Auch hier konnten sich unsere Genossen darauf berufen, daß die Angestelltenversicherung, wie auch die Militärversicherung den Begriff der „Invaliden“ Witwe nicht kennen. Auch hier handelt es sich um eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Die Namensträger der alten Partei, die Rechtssozialisten haben bei der Abstimmung vergessen, was sie einst vertraten. Wir verlangten weiter, daß auch den Angehörigen von Witwen und Witwern, wenn letztere sich in einer Heilanstalt aufhielten, das Hausgeld erhalten sollten; Zusatzen für Kinder verlangten wir so zu gestalten, daß für jedes Kind 96 Mark jährlich gezahlt werden; die Waisenrente sollte bis zum 16. Lebensjahre gezahlt werden und die Witwenrente nach 3 Jahre nach Wiederverheiratung als Abfindung. Alle diese Anträge wurden fast immer ohne Debatte abgemurkst.

Ein anderes sehr wichtiges Kapitel bildete der Reichszuschuß. Das Reich zahlt noch immer nur 50 Mark jährlich zu jeder Invaliden-, Alters- und Witwenrente und 25 Mark zu jeder Waisenrente. Wir beantragten die Berechnung dieser Summe. Den Mehrbetrag von rund 900 Millionen Mark hätte das Reich angesichts der großen Notlage sehr wohl zur Verfügung stellen müssen. Die Bezüge von Renten aus der Invalidenversicherung sind ebenso gut Opfer des Krieges, wie etwa die Rente der „armen“ Weiber. Das Reich hat auf vielen anderen Gebieten die Konsequenz aus den Kriegsfolgen gezogen, so vor allem in der Preisgestaltung, auch zum Teil in Gehalts- und Pensionsfragen usw. Den ausscheidenden gesunden Wehrmachtangehörigen werden Hunderte von Millionen jährlich gegeben, für die Kranken, erwerbsunfähigen Rentner, deren Knochen und Gesundheit im Produktionsprozeß zertrümmert und vernichtet wurden, hat die Regierung kein Geld. Das kennzeichnet ihren unsozialen Charakter.

Nachdem alle unsere Anträge abgelehnt waren, gaben sich unsere Genossen alle Mühe, wenigstens den einen Antrag durchzubringen, der Erhöhungen der jetzigen Rentenzuschüsse und Beihilfen verspricht. Wir verlangten, daß die Beihilfen für jede Invaliden-, Alters- und Witwenrente auf 2400 Mark, jede Waisenrente auf 600 Mark erhöht werden. Unser Antrag war beschieden. Es wäre bei Annahme des Antrages eine Gesamtrente von rund 3000 Mark für Rentner und etwa 2750 Mark für Altrentner herausgekommen. Waisen hätten etwa 600 Mark erhalten. Man bedenke: Unser Antrag hätte den Invaliden monatlich rund 240 M. gegeben. Wir hielten uns durchaus frei von jeder Agitation in unseren Anträgen, die Not der Invaliden ist zu groß, und es wäre frevelhaft, darauf etwa ein Parteisüppchen kochen zu wollen. Helfen wollten wir und darum schlugen wir Wege vor, die selbst die bürgerlichen Kreise gehen konnten. Wir wollten eine Mehrheit schaffen und trauten dem feierlichen Weihnachtssprechen vom vorigen Jahre. Aber was geschah mit unseren Anträgen? Stumm und fast wurden sie abgelehnt; Engelszungen hätten diesen unsozialen Reichstag nicht anders stimmen können — sie wollten nicht, die Herren und Damen, die alle miteinander keine Rot kennen.

Und die Rechtssozialisten? Ihre ganze Zümmlichkeit trat angesichts dieser Gesetzberatung zutage. Ihr Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, verbunden mit einer großen

Portion Sozialpolitischer Bureaukratie erdrückte ihr Empfinden gegen die Not und das Elend der Invaliden.

Wir verzagten auch dann noch nicht, als in der zweiten Lesung im Plenum alle unsere Anträge niedergestimmt waren. Es erschien uns ungläublich, daß angesichts der ungeheuer großen Beitragssteigerung, angesichts der schrecklichen Not der Rentner und eingedenk des Weihnachtswortversprechens von 1920 nichts getan werden sollte, was die Not einzudämmen in der Lage war. Wir ließen alle Anträge fallen bis auf den Antrag, der die Renten erhöhte, und auch diesen Antrag reduzierten wir auf die Hälfte. Statt 2400 Mark Zuschlag nur 1200 Mark, und statt 600 Mark 450 Mark. Noch einmal redeten wir mit warmen Worten den anderen Parteien zu, noch einmal erinnerten wir an das Elend und die Not der Invaliden und Witwen. Das Resultat war — Ablehnung unseres Antrages ohne jede Debatte! Und dann, als wir bei einer anderen Position das Gebahren der Invalidenfeinde kennzeichneten, da wurde uns der Vorwurf gemacht, wir hätten die Anträge aus Agitationsrücksichten gestellt. Eine billige Ausrede ob solchen Verrats!

Aber gemacht, was heißt Agitationsanträge? Ich verstehe darunter in diesem Zusammenhang Anträge, die nicht durchführbar sind. Unsere Anträge waren durchführbar! Bei Eintritt in die Kommissionsberatung erklärten wir, daß die Regelung der Beitragshöhe zurückgestellt werden möge, bis die Leistungen festgelegt seien. Dagegen wurde sofort Sturm gelaufen. Als die Höhe des Reichszuschusses beraten wurde, wurde unser Antrag ebenfalls abgelehnt. Grund? Kein Geld. Am Tage vorher 300 Millionen für das Hunderttausend-Mann-Heer — für das Millionenheer der Invaliden — kein Geld.

Unser Antrag, die Rentenerhöhung auf 2400 resp. 600 Mark festzusetzen, würde 2,4 Milliarden Mehrausgaben verursachen. Unser Antrag in der dritten Lesung, diese Sätze auf die Hälfte festzusetzen, nur 1,2 Milliarden. Das ist zwar sehr viel Geld, aber die Summen konnten gezahlt werden. Die beschlossenen Beiträge bringen mindestens 3,5 Milliarden Mark Mehreinnahmen für die Versicherungsanstalten.

Die Erhöhung der Leistungen war also praktisch möglich, sozial dringend geboten. Das festzustellen ist angeht der Verleumdung unserer Arbeit für die Invalidenrentner notwendig. Wir wollten heißen und weisen gangbare Wege. Daß diese Wege nicht benutzt wurden, dafür mögen sich die Invaliden, Witwen und Waisen bei den bürgerlichen Parteien und bei den Rechtssozialisten bedanken, deren „praktische Arbeit“ eine Arbeit für Elend und Not war.

Zum Schluß noch eins: Seit Jahresfrist besteht ein Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands. Ich halte den Zusammenschluß der Leidensgenossen für dringend geboten. Die Kriegsbeschädigten hätten nicht das erreicht, was heute für sie besteht, wenn sie nicht verstanden hätten, gemeinsam zu fordern. Die Arbeitsinvaliden sollten daraus lernen.

Schließlich ist allerdings auch dieses soziale Problem nur durch die sozialistische Wirtschaftsordnung zu lösen.

### Die Verkehrslage im Ruhrgebiet

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet wird gemeldet: Die Lage im Eisenbahnbetrieb des Ruhrbezirks in der letzten Woche war, wie in der Vorwoche, bei mäßig starkem Güterverkehr meiter beständig. Wegen des kürzlich ausgebrochenen Streiks der Maschinenisten und Heizer der Schlepper auf dem Rhein wird voraussichtlich ein Teil der Menge, die wegen des Streiks auf dem Rhein nicht geladeppt werden können, auf die Eisenbahn übergehen. Dieser neue Verkehr wird auch an den Wagenpark erhöhte Anforderungen stellen. Für Kohlen, Koks und Bricketts wurden in der vergangenen Woche im arbeitsmäßigen Durchschnitt einsehlt. Der nachträglich bestellten Wagen 19 852 Wagen (gerechnet zu je 10 Tonnen) angefordert und gestellt. (Höchstleistung am 15. 7. 1920.) Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsleistung 18 333 Wagen. Die anhaltende Trockenheit und die hohe Tagestemperatur der letzten Woche hat ein ziemlich hartes Sinken des Rheinwasserstandes zur Folge gehabt. Der Cauberg Pegel zeigte am 16. 7. nur noch

einen Stand von 1,34 Meter. Der Rückgang des Wasser läßt weiter an. Abgesehen von der verminderten Auslösung der Fahrzeugen wird der Schiffsahrtsbetrieb und die Abfederung der fertiggelassenen Fahrzeuge durch den bereits erwähnten Streik empfindlich beeinträchtigt. Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen betrug sich auf 25 108 (26 578) Tonnen. Der Brennstoffumschlag in den Zechenhäfen der Kanäle betrug 23 423 (22 728) Tonnen.

### Safentrenter

Der Oberbürgermeister von Nordhausen, Dr. Contag, hat aus Anlaß seiner Haltung zum Hindenburg-Kummel aus Braunschweig folgende Drohkarte erhalten:

An den größten Lump und Vaterlandsverräter Dr. Contag, zurzeit Oberbürgermeister in Nordhausen a. S. Lump!

Lumpen redet man mit Du an. Durch die Begegnung St. Ezzelens von Hindenburg hast Du Dich selbst zum größten Vaterlandsverräter gestempelt. Den Mann, dem Du und Deine Familie das Leben verdankst, hast Du gemieden. Dieses soll Dir teuer zu stehen kommen. Du wirst der Nachfolger von Deinem Genossen Gareis, dem ist auch wohl, daß ihn der Kaiser best, denn solche Menschen sind Gallusen und keine Deutschen. Sollte Dir und Deinen beiden Genossen das Leben lieb sein, so legt innerhalb 14 Tagen eure Knie nieder, denn solche Lumpen darf die Sonne nicht beschämen. Die Arbeiter und Bürger von Nordhausen werden Dir ihren Lohn schon geben.

Ein Mitglied des Ausschusses zur Beilegung aller Vaterlandsverräter.

So sehen diese Helben um Hindenburg aus. Frech, dumm, dreist und mordlüstern. Es ist aber bezeichnend für den Geist der Drogeljünglinge, einem Mann wie Contag eine derartige Karte zu senden, obgleich Contag weit davon entfernt ist, mit der Arbeiterschaft zu sympathisieren.

### Ein Ring für politische Morde

Die verschiedenen nationalistischen Studenterverbände und Biersimpelvereinigungen haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, der den stolzen Namen Hochschulring für deutsche Art trägt. Die Vereinigung gibt eine Wochenzeitschrift „Das Gewissen“ heraus, die von dem bekannten Antilöschewitzer Dr. Eduard Stadler geleitet wird. In der letzten Nummer fordert das Blatt zweimal in ganz unzweideutiger Form zur Beilegung, also zur Ermordung unabhängiger Partei Führer auf. In einem Leitartikel, der gegen Wirth Stellung nimmt, heißt es:

Radikale Politiker, wie Breitscheid, wollen den Franzosen benutzen, um den positiven und produktiven Geist in Deutschland zu entrechten. Wir unserer Seite müssen mit solchen politischen Verbrechern im Zuhande fertig werden, aber nach ihnen hin warten, daß der Wahnsinn der Franzosen in seiner Gemeingefährlichkeit allgemein erkannt wird, müssen ihm allerdings auch von uns aus, wo wir nur können, den Widerstand eines gesunden Volkes entgegensetzen.“

Daß Genosse Breitscheid, oder die Unabhängige Partei überhaupt, die Franzosen benutzen wollen, um den „positiven und produktiven Geist in Deutschland zu entrechten“, ist eine Behauptung, über deren Sinn sich der Artikelschreiber scheinbar selbst nicht im klaren ist. Der Satz wird in seiner Vieldeutigkeit aber nur hingeworfen, um gegen den Genossen Breitscheid Stimmung zu machen und eine Atmosphäre zu erzeugen, die den politischen Mord zur Blüte bringen soll. Noch deutlicher geht das aus einem Artikel auf der letzten Seite des Blattes hervor. Dort wird die Haltung der „Freiheit“ und ihre Stellung zu Frankreich kritisiert. Weil wir für Verständigung und Entspannung eintreten, erhebt das Blatt gegen uns den Vorwurf der frantrophilen Politik und schreibt im Anschluß daran:

Wir wissen, daß für die unabhängigen Sozialisten ein parteilastiges Ziel hinter ihrer frantrophilen Politik steht, daß sie die Franzosen als Machthebel für die Enteignung des deutschen Produktionsbhelles benutzen wollen, da sie eingesehen haben, daß sie für ihre radikalen Bestrebungen nicht die eigenen Nachmittel besitzen. Mit Männern, die solche Bestrebungen verfolgen, pflegte man früher einen kurzen Prozeß zu machen, wobei das Reichsgericht in deutschem

Sinne funktionierte. Heute gehören solche Männer zu dem Stützen der Reichsregierung!“

Welche Wirkungen derartige Sätze auf das politisch entartete, durch nationalistische Gehreben der Professoren verblendete Studententum ausüben müssen, wird jedermann klar sein. Es fällt uns nicht ein, uns etwa mit dem Blatte in eine politische Polemik einzulassen. Das hieße Verlen vor die Säue tragen. Aber wenn in Zukunft wieder irgendein Arbeiterführer das Opfer eines Attentats werden sollte, so wissen wir, daß auch das Blatt des ehrenwerten Herrn Eduard Stadler das seinige zu einem solchen Attentat beigetragen hat. Eine Gefahr erwacht ja den Studenten, die Stadlersche Gedanken in Taten umsetzen, nicht. Sie kennen ja die deutschen Gerichte, wissen, wie diese im allgemeinen urteilen, wenn sich ein Student wegen politischen Mordes zu verantworten hat, und auch der Staatsanwalt ist für dieses Studententum und ihr Blatt keine Gefahr, nachdem letzthin ein Mann, der zweimal öffentlich zur Ermordung sozialistischer Führer aufgefordert hat, mit einer lächerlichen Geldstrafe belegt wurde. Das „nationale Interesse“, das Herrn Lebus als Milderungsgrund biente, wird Herrn Stadler und seinen Biersimpeln erst recht nicht abgesprochen werden. Wir kennen doch unsere Gerichte!

### Der gefesselte Held

Der in Leipzig verurteilte U-Boot-Held Boldt ist bei seiner Ueberführung von Hamburg nach Leipzig gefesselt worden. Da Nordgefallen sehr feinführend zu sein pflegen, fühlte er sich dadurch gekränkt. Und weil die Deutschnationalen in diesem Manne mit Recht einen bedeutenden Vertreter ihrer Gefinnung und Geisteskultur sehen, mußten sie für ihn eintreten. Sie taten es in Form einer kleinen Anfrage an den Reichsjustizminister und betrauten den Abgeordneten Graefe mit der Ausführung dieser würdigen Handlung. Schiffer hat jetzt eine Antwort erteilt, aus der folgendes hervorzuhelen ist:

„Der Oberleutnant zur See a. D. Boldt ist im Mai auf Anordnung des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts von der Hamburger Kriminalpolizei verhaftet worden. Durch ein Einsehen des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts wurde die Hamburger Kriminalpolizeibehörde erlaßt, Boldt nach Leipzig zu uherführen. Der Untersuchungsrichter hat, den Transport schonend, aber mit aller Vorsicht ausführen zu lassen. Am Morgen des 2. Mai erfuhr der Leiter der Hamburger Zentralpolizeistelle, daß Boldt geuüert habe, er werde versuchen, auf der Fahrt aus dem Jugo zu springen; ferner wurde dem Leiter der Zentralpolizeistelle mitgeteilt, daß man in bestimmten Kreisen der Bevölkerung damit umgehe, Boldt gelegentlich seines Uebertransportes gewaltsam zu befreien. Um einen Mißbrauch oder Befreiungsversuch zu verhindern, wurde angeordnet, daß Boldt vor Antritt des Transports mit der sogenannten Langen Kette zwischen einem Hand- und einem Fußgelenk zu fesseln sei. Boldt hatte die gefesselte Hand in der Hosentasche, von dort ließ die Kette unsichtbar durch das Polendein nach dem rechten Fußgelenk.“

Ueber die Vorgänge bei dem Transport ist Boldt am 1. Juli d. J. durch einen Vertreter des Oberreichsanwalts gehört worden. Er hat zu Protokoll erklärt und unterzeichnet, daß er sich, abgesehen von einer nach seiner Auffassung unzulänglichen Unterbringung im Hamburger Stadthaus, über die Behandlung, die ihm bei seinem Transport zuteil geworden sei, nicht beklagen könne, daß die Beamten durchweg höflich und entgegenkommend gewesen seien, und daß er sich durch die Fesselung nicht mehr gekränkt gefühlt habe als durch die Tatsache seiner Verhaftung. Angehts dieses Sachverhalts findet die Reichsregierung zu Maßnahmen wegen des Verhaltens der beteiligten Beamten keinen Anlaß.“

Der Herr ist also außerordentlich milde und vornehm behandelt worden. Fluchtverdächtige, die des Mordes angeklagt sind, werden gewöhnlich weniger zart angefaßt. Diese Behandlung ist durchaus zu billigen, denn es könnte der deuschnationalen Sippe nur recht sein, wenn die Kriegsverbrecher in den Kreisen der nationalistisch Verböhrten auch noch als Märtyrer erscheinen würden. Es dürfte jetzt klar sein, daß davon keine Rede sein kann.

Moorbrand. Ein umfangreicher Moorbrand entstand aus Versehen unaufgeläuter Ursache am Dienstag im Gesehader Moor, der am Mittwoch abend trotz umfangreicher und energischer Gegenmaßnahmen noch nicht gelöscht war. Die Fläche, auf der das Feuer zur Zeit mütet, ist etwa 1 1/2 Morgen groß. Die Anwohner haben ihre Hoffnung auf Regenwetter gesetzt.

### Symbole

Von Wolf Behne

#### Preußenadler und Volksfeste

Der preußische Staat hat seit Sonnabend abend ein neues Wappen. Der Ministerpräsident teilte am 16. 7. durch den „Reichsanzeiger“ mit: „Auf Grund eines Beschlusses des Preußischen Staatsministeriums gebe ich hiermit bekannt, daß das preußische Landeswappen auf welchem Grunde den einflügeligen, fliegenden schwarzen Adler zeigt, den Kopf vom Beschauer nach rechts gewendet, den geschlossenen Schnabel und die Fänge von gelber Farbe.“

Durch einen Vortrag Wilhelm Wähobdts, der als Vertreter des Kultusministeriums besonderen Anteil an dem Beschlusse des Staatsministeriums hatte, wurden dieser Tage die Kritiker mit den Vorarbeiten bekannt gemacht. Es war an dem Vortrage sehr sympathisch, daß Wähobdt die Sache ohne Pathos als eine in der Hauptsache praktische Angelegenheit behandelte. Seine Ausführungen waren logisch einwandfrei, sobald man mit ihm ein illustriertes Wappen für unbedingt notwendig hält. Wähobdt sprach selbst davon, daß es sich letzten Endes um nichts anderes handelt, als um ein gegen Mißbrauch geschütztes Warenzeichen, eine Art Fabrikmarke des Preußischen Staates. Aber weshalb muß eine solche Marke durchaus gegenständig sein? Der einfache Gummi Stempel des Kultusministeriums, ein kunstloses Provisorium des 9. November, ist für mein Gefühl wesentlich richtiger als der neue Adler von Herrmann Eichmannheim. Wenn nun ein solcher einfacher Stempel Bedenken zuläßt, da er nachgemacht werden kann, so mag eine besondere kunstvollere Form geschaffen werden, obwohl auch die kunstvollste vor Nachahmung nicht gesichert ist; aber es ist nicht einzusehen, weshalb diese Form unter allen Umständen eine gegenständig-igmbollische sein muß. Wähobdt betonte mit Recht, daß wir heute keine Begegnung mehr in der Richtung des Symbolischen haben; aber wenn er daraus den Schluß zog: „also hatten wir an dem einmal überlieferten Adler fest“, so überieht er, daß doch auch der zum Vorbild genommene Adler bereits aus einer Zeit stammt (das Vorbild war für Eich der selbständige Adler), die vielleicht noch genügend Geschmack für allegorische Gestaltungen hatte, aber keineswegs noch Erfindungsgebe für das mit innerem Recht als Symbol zu Bezeichnende. Und aus dem lediglich dekorativ bemerkenswerten Kolofon-Adler ist der neue nur durch Negation entwickelt worden. Eichs Adler ist seiner Adler, der auf den Standarten des Feudalismus her flatterte, nur der königlichen Insignien entleidet. Er ist nicht heraldisch, er ist nicht naturalistisch, er ist eine Verlegenheit. Wäre es nach allem nicht richtiger gewesen, auf jedes Symbol zu verzichten

— (daß wir heute bei solchen Dingen nicht wesentlich über das Verengabzeichen hinauskommen, beweist auch der Sowjetkern) — und eine phrasenlose, sachliche Zweckform zu entwickeln aus den einzigen Formen von objektiver Gültigkeit, die wir heute haben: aus den Formen des Alphabetes? Wenn ich mir neben den Adler von Eich z. B. ein lateinisches P zeichne, so dürfte der Adler künstlerisch einen schwereren Stand haben, da alle seine zeichnerische Kleinlichkeit und Unsicherheit sofort entfällt wird. Den Einwand, daß es eines großen Staates unwürdig sei, sich durch ein paar Leitern repräsentieren zu lassen, widerlegt doch wohl zur Genüge das weltberühmte Wappen des alten Rom, das auch nur aus Buchstaben bestand: SPQR, die Abkürzung von S(enatus) P(opulus) Q(ue) R(omanus), auf deutsch Senat und Volk der Römer. Ein Zeichen, das Achtung genoh in der ganzen bekannten Welt. Unser neuer Adler dürfte sich weit schwerer Reipekt verschaffen, nicht weil ihm die Waffen fehlen, sondern weil er nicht vom Uten, von der Vergangenheit loskommen kann. So oft ich dieses Tier sehe, habe ich die Empfindung, daß es nach der Krone und nach dem Szepter schreit, und nach der Fahne, für deren Formen es in seiner Silhouette zugeschnitten ist. (Dabei wollen wir gar nicht unterlassen, ob der partikularistische Gedanke so stark betont werden sollte, daß ein Teil der deutschen Republik sein eigenes Wappen hat und ob ein Raubtier wie der Adler das passende Symbol eines neuen Weltes ist, den wir doch angeblid haben.)

Wenn ich nun gerade bei diesem Anlaß auch von dem Volksfest der Genossen aus der Gartenstadt Falkenberg bei Grünau sprache, so deshalb, weil auch dort die beste Wirkung beinträchtigt wurde durch eine Neigung zum Symbolisch-Bedeutungen. Statt die Dinge selbst möglichst eindrücklich wirken zu lassen, spricht man noch zuviel von der gewöhnlichen Wirkung, und schädigt sie dadurch. Gerade ein Volksfest muß alles Literarische vermeiden. Das Falkenberg-Fest ist ein ganz wundervoller Anfang, seine Wirkung schon jetzt eine tiefe. Aber man verneise sich das Verschmieren und das Reden. Die Idee, den Festzug, der dieses Jahr wieder ganz prachtvoll war, auf der Weise in ein Spiel aufzulösen, ist sehr gut; aber deklamierete Verse sind hier nicht am Plage, da man sie nicht hört. Alles muß auf Rassenwirkung, d. h. Fernwirkung, d. h. Sichtbarkeit gestellt sein. Deshalb wäre eine pantomimische Handlung das Richtige. — Und gar am brennenden Feuer sollte man sich das Reden kenten! Der Festzug durch die Gartenstadt-Strassen mit den illuminierten Fenstern, mit hellen Feuern, roten Lampions, phantastischen Schattens auf den bunten Häusern und diesen Menschen ist jedesmal von einer Pracht und Festlichkeit ohnegleichen. Der Marsch über das dunkle Feld zum Holzstich und das Auslöbern bringen eine mächtige Spannung — und dann: . . . statt nun in einer letzten Zielgerung Musik, Messingklang und Tanz jabelnd zusammenzufassen, wird man sentimental und

ethisch und hält lange poetische Reden, von denen niemand ein Wort hören kann und mag. Man vernimmt nur immer wieder, daß das Feuer ein Symbol sei und die so leicht mißbrauchten Worte vom „Alltag“ und „Festtag“. Aber was bedeutet unter dem Sternenhimmel und dem Funkenregen des Feuers ein redender Mensch — und ganz besonders, wenn er „symbolisch“ wird?! Will man mit Worten etwas steigern, das viel, viel stärker ist als Worte?!

Unsere Zeit ist ihrem innersten Wesen nach auf Sachlichkeit gestellt. Die einst lebensfähigen Symbole sind abgestorben. Wir sollten uns nicht bemühen, sie umständlich zu konservieren. Was ist heute ein preußischer Adler? Er ist eine Phrase und würde nur zu einem kurzen Scheinleben erwachen, wenn man ihn endgültig pensionieren würde. Aber auch dann nur als politische Phrase.

### Carthagos und Deutschlands Schicksal

Herr Heiserich hat in einer seiner letzten Reichstagsreden den Versailles Frieden mit der Behandlung Carthagos durch die Römer verglichen. Er hat es aber verabläumt, die Gründe für das Schicksal Carthagos anzuführen. Noch heute muß es erschütternd wirken, wenn man von den vergeblichen Versuchen eines einsichtigen Carthagos Rest, dem Unheil, das seiner Heimat drohte, Einhalt zu gebieten.

Die Rivalkität beider Völker wegen der Insel Sizilien hatte zum ersten punischen Krieg (264 bis 241 vor Christus) geführt, der mit dem Verluste der Insel für die Carthager endete. Sie suchten sich dafür in Spanien schadlos zu halten, und es gelang ihnen Feldherren Hamilcar und nach seinem Tode seinem Schwiegersohn Hasdrubal, Spanien von Sidon her bis an den Ebro zu unterwerfen. Dort stießen die Carthager jedoch auf die Interessenphäre der Römer, und Hasdrubal schloß mit den Römern einen Vertrag, in welchem der Ebro als Grenze anerkannt und der in dem Carthagischen Anteil liegenden Stadt Sagunt ihre Freiheit unter römischem Schutz gewährleistet wurde.

Nach Hasdrubals Ermordung übernahm Hannibal, der Sohn des Hamilcar, den Oberbefehl über das Heer. Aus Haß gegen die Römer und aus reinem Uebermut, um die Römer herauszufordern, belagerte er dem Veritate zuwider die Stadt Sagunt und eroberte sie nach achtmonatiger Belagerung. Als die Römer Gesandte zum Senate nach Carthago schickten, um Genehmigung zu fordern, hielt der Carthagische Staatsmann und Feldherr Hanno, wie der römische Geschichtsschreiber Livius berichtet, daselbst folgende Rede:

„Ich habe euch einst gewarnt, dem Hannibal den Oberbefehl über das spanische Heer zu geben. Und auch heute noch sage ich: solange noch einer von dem Geschlechte des Hamilcar lebt, wer



